

De Gaulle und die außenpolitische Wende

Nachdem *de Gaulle* zum zweitenmal mit der Führung des französischen Staates beauftragt wurde, ist die Beschäftigung mit seinen Auffassungen unerläßlicher denn je. Die mancherorts gehegte Hoffnung, ein passendes Wahlergebnis werde den Störenfried beiseite räumen und die größten Schwierigkeiten aus der Welt schaffen, ist zerronnen. Nun ist man wieder gezwungen, mit dem eigenwilligen Franzosen zu leben.

Ernsthafte Überlegungen sind jetzt nicht nur aus theoretischen Gründen notwendig. Die praktische Lage legt sie nahe, da jede Außenpolitik die Stellung de Gaulles berücksichtigen muß. Diese wird sich wahrscheinlich noch stärker als vordem bemerkbar machen, da man hinsichtlich der Europäischen Gemeinschaft wie der NATO vor prinzipiellen Entscheidungen steht, die das Schicksal dieser Institutionen betreffen. Es ist zu erwarten, daß die französische Politik zielstrebig versuchen wird, beide Organe eigenen Auffassungen gemäß zu verwandeln — oder sie, falls das nicht gelingen sollte, zu sprengen. Über die Richtung besteht kaum ein Zweifel, seit der General am 9. September letzten Jahres versicherte, „daß aber nach Ablauf der Verpflichtungen, die wir einst eingegangen sind, das heißt spätestens 1969, was uns betrifft, die als Integration bezeichnete Unterordnung aufhören wird, die durch die NATO vorgesehen ist und unser Schicksal in die Hände von Fremden legt“.

Notwendig ist es, sich über die Konzeptionen de Gaulles klarzuwerden und sich Rechenschaft über deren Triebkräfte zu geben, die ihnen eine so große Bedeutung verleihen. Wir werden dabei untersuchen müssen, ob diese Position — so persönlich sie auch formuliert sein mag — objektive Tatsachen zum Ausdruck bringt oder nicht. Würde es sich nur um die Schrullen eines alternden Mannes handeln, dann wäre weniger Anlaß zu ernster Prüfung, dann hätte de Gaulle eine geringere Bedeutung, als er offensichtlich besitzt. Die Stärke seiner Position ergibt sich aus mancher Wahrheit, auf die sie sich stützt. Sie läßt sich auch nicht auf eine „gaullistische Politik“ reduzieren. In ihr drücken sich Stimmungen aus, die auch in anderen französischen Parteien und in anderen Ländern vorhanden sind. Daher läßt sich nicht behaupten, daß alle Malaise der westlichen Allianz durch de Gaulle hervorgerufen wurde und folglich mit ihm verschwinden würde. So verlockend man solchen Gedanken finden mag, so unsinnig ist er. Gewiß gibt es gegenwärtig einen sehr persönlichen Aspekt der französischen Politik. Doch ist zu erwarten, daß diese nach de Gaulle nicht radikal das Erbe abwerfen wird — gerade weil sich in ihr Tatsachen bekunden, die de Gaulle nicht erfunden hat.

Die Probleme objektiv zu prüfen, ist nicht leicht. Die Gestalt entfesselt Emotionen, an die sie unablässig appelliert. In der Bundesrepublik gibt es heute eine antigauillistische Welle, nachdem es lange Mode war, sich im gaullistischen Kult zu bewähren. Die Sache wird noch beträchtlich verdunkelt durch die seltsamen Advokaten, die der französische General hierzulande fand und die als dessen Außenpolitik ausgaben, was nur eine Karikatur derselben war. Hinzu kommt, daß Demokraten mit Recht Mißtrauen gegenüber einem Manne empfinden, der ein eigenartiges Verhältnis zur Demokratie hat. Dabei besteht die Gefahr, daß man Innen- und Außenpolitik verknüpft, fugenlos die Opposition von einem Gebiet auf das andere überträgt. Wir wollen hier das eine von dem anderen strikt trennen und innenpolitische Fragen ganz außer acht lassen.

Die Konzeption

In den letzten beiden Jahren formulierte der französische Staatspräsident seine Auffassung in so zahlreichen Reden, ergriff er überdies so bestimmte außenpolitische Maß-

DE GAULLE UND DIE AUSSENPOLITISCHE WENDE

nahmen, daß es möglich ist, diese Politik in ihren großen Linien zu umreißen. Versuchen wir, sie in den wichtigsten Punkten zu fixieren:

1. Die Ära des Kalten Krieges geht zu Ende; sie muß durch neue Beziehungen zwischen den Mächten ersetzt werden.
2. Die Zweiteilung der Welt ist überholt.
3. Die Nationen, die in der Ära des Kalten Krieges nicht zu Worte kamen, zeigen von neuem ihr Eigengewicht.
4. Es entstehen neue Zentren der pluralistischen Konstellation, unter anderen hier Frankreich, dort China.
5. Europa, Afrika, Lateinamerika müssen sich der amerikanischen Hegemonie genauso widersetzen wie der sowjetischen.
6. Europa hat die Aufgabe, eine von den USA und der UdSSR unabhängige Funktion auszuüben.
7. Die deutsche Frage ist durch Verständigung mit der Sowjetunion, auf der Grundlage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, des Verbots deutscher Atombewaffnung und der Verwirklichung der Wiedervereinigung zu lösen.

In dieser Konzeption finden sich beständige Richtlinien der Strategie und zeitbedingte taktische Elemente. Die Unabhängigkeit Frankreichs, das Abschütteln jeglicher Bevormundung — und sei es die eines Freundes —, ist ein eherner Leitgedanke de Gaulles. Während des Krieges in London und danach als Regierungschef in Paris versuchte er mit Hartnäckigkeit, ihm Geltung zu verschaffen, sich von drückender Abhängigkeit zu befreien. Bereits damals war er bestrebt, einen westeuropäischen Staatenbund mit eigenem Gewicht den USA und der UdSSR gegenüberzustellen. Europa könne sein Gleichgewicht wiederfinden, schreibt er in seinen Memoiren, „nur vermittels eines Zusammenschlusses von Slawen, Germanen, Galliern und Lateinern“.

Die antike, sich rassistischer Termini bedienende Sprache weist auf die Permanenz der Nationen im Gedankenbild de Gaulles hin. Eine solche Feststellung ist wichtig genug, macht sie doch die Eile verständlich, mit der Paris die Fronten des Kalten Krieges auftaut: de Gaulle mißt den Ideologien nur einen geringfügigen Raum in der Geschichte bei; daher spricht er nicht von der „Sowjetunion“, sondern von „Rußland“. Schon 1945 rief er: „Ja, das Band Westeuropas ist hier, es ist der Rhein, der durch Straßburg fließt!¹⁾“. Und er unterstreicht: „Kurz und gut, im Klub der Großen fanden wir auf den guten Plätzen so viele heilige Egoismen, wie es eingeschriebene Mitglieder gab.“ Die übermächtigen Eigeninteressen der Großen bekämpfen, Frankreich einen respektablen Platz sichern: das war und ist das vordringliche Ziel, das sich quer durch die Jahrzehnte unverändert, mit gleicher Unnachgiebigkeit, erhalten hat. 1945 kämpfte er mit der gleichen Beharrlichkeit wie zwei Jahrzehnte später gegen das, was er die „amerikanische Hegemonie“ nennt, versuchte er, aus Europa „ein Bindeglied und kein Objekt“ zwischen Moskau und Washington zu machen, „eine der drei planetaren Mächte und, wenn es eines Tages notwendig wäre, den Schiedsrichter zwischen dem sowjetischen und angelsächsischen Block“.

Die Verbindung mit Deutschland erscheint als wichtiger Faktor. Schon 1949 hatte er gesagt: „Die Vernunft fordert, daß man eines Tages zwischen dem deutschen und französischen Volk eine direkte und praktische Verständigung festlegt... Im Grunde ist das das Zentrum des Problems. Europa wird sein oder nicht sein, je nachdem ob es möglich sein wird, zwischen Germanen und Galliern, ohne Vermittler, eine Verständigung zu erzielen.“ Vernünftige und unvernünftige Ideen liegen eng beisammen. Zu den letzteren muß man den halsstarrigen Willen zählen, nach 1945 das französische Kolonialreich zu verteidigen, wobei allerdings hinzuzufügen ist, daß sich de Gaulle dabei kaum von den

1) Général de Gaulle: Mémoires de guerre, Plon-Taschenbuch 1959, 3. Bd., S. 58.

anderen Staatsmännern der Vierten Republik unterschied. Sein Groll gegen die USA und Großbritannien hat jedoch hier seine hauptsächliche Quelle: der General verdächtigte die beiden immer, ihre Hand auf französische Besitzungen legen zu wollen.

Noch ein anderer grundsätzlicher Gedanke findet sich bei dem Regierungschef unmittelbar nach dem Sieg über das Dritte Reich: die Verbindung mit den friedfertigen Deutschen als Mittel zur Befriedung in Europa. Früh erklärte er *Truman*, die Angst vor Deutschland stelle das beste Bindemittel in der sowjetischen Sphäre dar. Wenn die von Moskau abhängigen Staaten erkennen, „daß es keine deutsche Bedrohung mehr gibt, werden ihre nationalen Interessen nicht versäumen, im Innern des sowjetischen Lagers aufzubegehren. Daher zwischen ihnen und ihrem Gebieter unvermeidliche Streitereien, die den Kreml von kriegerischen Unternehmungen abhalten werden, um so mehr als Rußland selbst, in seinen Tiefen, weniger zu Abenteuern geneigt sein wird. Selbst Deutschland wird Nutzen ziehen aus der beruhigenden Struktur, der es sich anpassen muß. Denn ein wirklich föderatives Regime wäre seine einzige Chance, daß die Sowjets die Rückkehr der preußischen und sächsischen Gebiete zum gemeinsamen Stamm erlaubten“²⁾.

Diese Gedanken, vor zwanzig Jahren geäußert, gehören noch immer zum eisernen Bestandteil der gaullistischen Konzeption. Sie finden sich wieder in der Formel vom „europäischen Europa“, im Entwurf einer Lösung der deutschen Frage durch Verständigung mit den osteuropäischen Staaten. Damals wie heute geht der Versuch dahin, ein selbstbewußtes Europa zu schaffen als Puffer zwischen den Giganten; teils in einer Bewegung gegen sie, teils mit ihrer Zustimmung, weil anders eine Entspannung in Europa unmöglich ist.

Praktische Schritte

Gleich nachdem de Gaulle wieder die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, ging er daran, seine alten Ideen in die Tat umzusetzen. Im September 1958 wandte er sich in einem Memorandum an Washington und London. Er forderte eine Koordinierung der Politik zwischen den drei Mächten, die Reform der NATO, an deren Spitze die USA, Großbritannien und Frankreich ein Dreier-Direktorium gebildet hätten. Es folgten erste Schritte des Rückzugs aus der Atlantikorganisation. Die französische Mittelmeerflotte wurde deren Kommando entzogen, amerikanische Atomwaffen durften in Frankreich nicht stationiert sein, statt der versprochenen elf Divisionen erhielt die NATO nur zwei. Die Militärstrategie wurde national ausgerichtet durch den Aufbau einer eigenen Atommacht, der Force de frappe. Parallel dazu wurde die Europapolitik umgestaltet: Konföderation statt Integration, Pakt mit Bonn, Ausschluß Großbritanniens. Das Tempo dieser Politik war langsam und zögernd, solange der Algerienkrieg im Gange war. Seit dessen Ende im Sommer 1962 geht es frisch voran, da Paris eine Bewegungsfreiheit gewann, die es schon lange nicht mehr besaß. Dabei werden kühn alle Möglichkeiten ausgenutzt, die sich aus der Veränderung der Weltlage ergeben.

Die Ablehnung weitgehender Integrationsformen entspringt einer Überzeugung, die die Grundlage des gaullistischen Denkens darstellt: Die Nation ist dauernder und wichtigster Bestandteil der Politik. Wie sie die Vergangenheit entschied, wird sie die Zukunft bestimmen. Man kann darüber nicht hinaus oder nur in sehr langen Etappen. Weder „supranational“ noch „Integration“ noch „Atlantismus“ hieß es am 31. Dezember 1964, weil dies „uns in Wirklichkeit einer nur zu bekannten Hegemonie unterwerfen würde“. Und am 15. Dezember 1965: Die Politik sei „die Politik von Staaten, und das kann man nicht verhindern“.

2) Général de Gaulle, a. a. O., S. 248.

DE GAULLE UND DIE AUSSENPOLITISCHE WENDE

Das sind Leitmotive, die das gesamte Denken de Gaulles bestimmen. Hier zeigt sich der nationale Konservative, der er seit je war und geblieben ist. Über diesen Schatten kann er nicht springen. Die nationale Souveränität wird er nicht aufgeben. In diesem Sinne bereitet er nicht die Zukunft vor, sondern bleibt traditioneller Staatspolitik verhaftet. Alles andere seien nur „Schimären und Mythen“. Damit wird der Fortschrittsgedanke verworfen, der notwendig mythische Züge trägt. Diese dem Bestehenden verschworene Realpolitik ist sowohl reaktionär als realistisch. Sie ist reaktionär, indem sie jede fortschrittliche Zukunftsvision als utopisch verwirft; sie ist realistisch, weil sie sich auf wirklich vorhandene Bedingungen stützt.

Nationale Staatspolitik ist eine Gegebenheit, sie wird nicht nur von de Gaulle betrieben. Eher bekennt er sie freimütiger als andere. Sein Nationalismus fühlt sich bestätigt durch den Nationalismus der anderen. So scheinen die Vereinigten Staaten gerade in der letzten Zeit den französischen Argwohn zu bestätigen, indem sie ihre eigenen Interessen hart und oft eigenmächtig durchsetzen. De Gaulle sieht darin einen Beweis für die Richtigkeit der eigenen Auffassung: Washington macht ihm zum Vorwurf, was es selbst ungezwungen unternimmt. Der Vietnamkrieg vor allem schien zu bestätigen, daß die USA vor keinem Mittel zurückschrecken, um das zu verteidigen, was sie als ihr Lebensinteresse ausgeben. Allenfalls zeigten sie sich bereit, ihre Verbündeten nachträglich über ihre Schritte zu verständigen. Das war ihr Verhalten während der Kubakrise 1962 und anlässlich der letztjährigen Militärintervention auf Santo Domingo. Die im Dezember 1965 abgehaltene NATO-Tagung erwies, daß die Vereinigten Staaten im Begriff sind, ihre ganze Strategie umzuwerfen: sie bezeichnen nunmehr China, nicht mehr die UdSSR, als Hauptfeind und versuchen, ihre Bundesgenossen vor den Karren dieser neuen Politik zu spannen.

De Gaulle fühlte sich in seiner Furcht bestätigt, „in einen Krieg integriert“ zu werden, wie er sagte, der jedem französischen Interesse zuwiderlaufe. Fordert die amerikanische Eigenmächtigkeit zur Gegenwehr heraus, so erweckt die bundesdeutsche Politik nicht weniger großes Mißtrauen. Ihre enge Anlehnung an die USA, ihre Atomambitionen, ihre Grenzforderungen: dies alles wird übel vermerkt. Um so bitterer, als sich darin die Enttäuschung über den fehlgeschlagenen „Freundschaftsvertrag“ mischt. Damals hatte der General gehofft, gemeinsam mit der Bundesrepublik sein altes Vorhaben einer europäischen Organisation, als „Bindeglied“ zwischen den beiden Blöcken, auszuführen. Das Scheitern dieses Plans schwächte seine Stellung in Europa.

Doch Paris blies nicht zum Rückzug, isoliert zog es den Weg weiter, knüpfte kräftig Bande mit dem Osten an, stellte diplomatische Beziehungen mit Peking her, opponierte in den Entwicklungsländern gegen den amerikanischen Einfluß. Das deutsch-französische Sonderbündnis zerbrach an verschiedenen Mißverständnissen und widersprüchlichen Hoffnungen. Auf deutscher Seite hielt man sich an die fragwürdigsten Thesen de Gaulles: an die Force de frappe, die Ablehnung des Moskauer Atomkontrollvertrages, den Boykott der Genfer Abrüstungsverhandlungen. Jene wichtigen Maßnahmen jedoch, die die Spannung in den ostwestlichen Beziehungen reduzierten, wurden verworfen. *Adenauer* wollte, allem Gegensätzlichen zum Trotz, im französischen Präsidenten noch immer einen Herold des antikommunistischen Kreuzzugs sehen; *Strauß* währte, über Paris rascher zu Atomwaffen zu gelangen als über Washington; und *Gerstenmaier* klammerte sich an die makabre Hoffnung, de Gaulle würde „schießen mit allem, was er hat“. Das hieß, den Wahnsinn übernehmen, doch dem Vernünftigen sich verschließen. Man braucht wahrlich kein Strategie zu sein, um den minimalen Wert der Force de frappe im Kriegsfall zu erkennen. Winzig wie sie ist, könnten mit ihrer Hilfe weder Frankreich noch andere Länder gegen einen Atomangriff verteidigt werden. In der Bundesrepublik war man ausschließlich vom militärischen Konzept de Gaulles fasziniert — einer Schimäre, um uns eines Ausdrucks des Generals zu bedienen, während man dem politischen Plan kaum

Aufmerksamkeit schenkte. Bewußt wurde übersehen, daß die französische Politik sich nur im Frieden zu entfalten vermöchte, daß sie auf dieser Voraussetzung beruht, daraus ihre Kraft schöpft, und daß ein Krieg so oder so ihr Ende bedeuten würde. „Für de Gaulle sind jedoch die militärischen Gründe nicht entscheidend“, schrieb mit Recht *Alfred Grosser*³⁾.

Falsch war die Interpretation der sogenannten „deutschen Gaullisten“, die in der französischen Politik eine Neuauflage des versiegten amerikanischen „Zurückrollens“ sehen wollten. Was den USA, gestützt auf ein unvergleichlich größeres Militärpotential, nicht möglich war, blieb selbstverständlich für Frankreich vollständig unerreichbar. Außerdem hätte ein solches Ziel der eigentlichen Konzeption de Gaulles widersprochen, der den Versuch unternimmt, die Beziehungen zwischen dem Westen und der UdSSR nicht durch militärische Drohungen, sondern durch zunehmenden politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Austausch zu verbessern. Eine solche Perspektive verträgt sich kaum mit dem Vorhaben unserer „Gaullisten“, die, als eigentliche Nachhut des Kalten Krieges, jede Revision der bundesdeutschen Politik ablehnen. Sie trachteten danach, die negativsten Züge der Pariser Politik für sich auszunutzen: Emanzipation von den USA nicht im Sinne der Entspannung, sondern im Gegenteil: um die Spannung wieder aufleben zu lassen. Diese Differenz zwischen dem General und seinen deutschen „Freunden“ mußte zur schließlichen Ernüchterung führen.

Veränderte Welt

Die Politik des französischen Präsidenten war überhaupt nur im Klima beginnender Entspannung möglich. Erst dieses Klima erlaubt außenpolitische Extratouren, die Befreiung von der Führungsmacht im eigenen Lager. Bande mit dem Osten konnten erst geknüpft werden, nachdem sich dort eine Bereitschaft dafür zeigte, als die innere Kohäsion des sowjetischen Blocks abnahm. Das „Tauwetter“ war dazu genauso notwendig wie die Ablösung des *Stalin-Systems*, das Auftreten zentrifugaler Tendenzen wie das Bekunden nationaler Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten.

Gleichsam parallele Erscheinungen sind der Ausbruch Frankreichs aus der westlichen und der Ausbruch Chinas aus der östlichen Allianz. Sie besitzen im wesentlichen gleichen Charakter, bedingen und stärken sich wechselseitig. Aber die zentrifugale Tendenz, in diesen beiden Fällen besonders scharf geprägt, macht sich auch anderwärts bemerkbar. Man findet sie in Rumänien, Polen, Ungarn usw., in der westlichen Welt begegnet man ihr nicht minder. Illusorisch ist es, sie im Osten gutzuheißen — und sie hier zu verdammen. In Wirklichkeit hat man es mit sich gegenseitig bedingenden Tendenzen zu tun, die ein und denselben Prozeß darstellen. Die Bedeutung dieses Phänomens reicht weit über die Person de Gaulles hinaus. Sie wird hervorgerufen durch die Veränderung der weltpolitischen Situation: das Nachlassen des Kalten Krieges, die Notwendigkeit, ihn abzulösen.

Ein so maßgeblicher Beobachter wie *Walter Lippmann* hat sehr frühzeitig in de Gaulles Kurs „eine Politik nach der Ära des Kalten Krieges“ erkannt. Der General hat die sich abzeichnenden neuen Tendenzen wahrgenommen, weil sie seiner alten Überzeugung von der eigenen Funktion Frankreichs entgegenkamen. Ohne die sich verändernde Welt hätte er nicht daran denken können, seine Ideen zu verwirklichen. In der vergangenen Ära trugen seine Kritiken an der amerikanischen Politik längst nicht den Stempel heutiger Radikalität. Wäre diese Periode nicht abgeschlossen, gäbe es jetzt keine gaullistische Malaise.

3) Georg Picht u. a.: *Die Force de frappe*, Walter Verlag 1965, S. 54.

DE GAULLE UND DIE AUSSENPOLITISCHE WENDE

Das Problem ist entstanden als Ausdruck eines viel umfassenderen Problems: das Unvermögen der beiden Blöcke, den Sieg über den Rivalen davonzutragen, brennende Fragen zu lösen oder auch die Welt erträglich zu regieren. Die Unmöglichkeit, den Konkurrenten zu schlagen, die Furcht vor einer kriegerischen Auseinandersetzung, blockierten den Kalten Krieg, schufen eine Sackgasse. Das erklärt die Bekundung von Unabhängigkeitstendenzen, die in der vergangenen Periode erstickt blieben. In jener Zeit trieb die Furcht vor einem bestehenden Angriff die Angehörigen beider Lager zusammen, auseinanderstrebende Nationalinteressen wurden zurückgedrängt, die Führungsmächte vermochten sich leicht, wenn auch gegen Widerstände, durchzusetzen. Seit diese Furcht abnimmt, fehlt das einigende Band, das die Blöcke zusammenhielt.

Die zwischen West- und Oststaaten begonnene Annäherung begründet einen neuen Kurs, schafft ein neues Klima, in dem weitere Schritte der Annäherung möglich werden. Das Siechtum der NATO ist auf nichts anderes zurückzuführen als auf das eigentliche Fehlen einer Aufgabe, da das Ziel, das 1949 die Atlantikorganisation entstehen ließ — die Abwehr eines bevorstehenden sowjetischen Angriffs —, sich inzwischen verflüchtigt hat, auf jeden Fall keineswegs mehr ausreicht, dem Bündnis eine genügende Festigkeit zu geben. *Henry A. Kissinger*, der Berater des Weißen Hauses, beschrieb die neue Weltlage mit folgenden Worten: „Wir leben in einer seltsamen Welt, in der die Neutralen fast den ganzen Schutz von Verbündeten erhalten und Verbündete genausoviel Bewegungsfreiheit wie Neutrale haben möchten . . . Ein Land gewinnt wenig, wenn es sich verbündet und riskiert wenig, wenn es neutral bleibt“⁴⁾. Das fördert die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der Blöcke und verstärkt den Unabhängigkeitswillen der blocklosen Staaten.

De Gaulle stellt die Sackgasse der westlichen Politik fest und nutzt sie aus. Dazu gehört das Unvermögen der USA, die europäische Krise zu lösen. Die stereotype Wiederholung verbrauchter Rezepte ist, wie man hinlänglich weiß, nicht dazu angetan, irgendeine Frage zu entwirren. Die Verlagerung des Schwergewichts auf die Aktion gegen China ist es nicht minder. Während europäische Probleme ungelöst bleiben, wird ein Abenteuer unbekanntes Ausmaßes heraufbeschworen. Die Worte de Gaulles vom 4. Februar 1965, eine Lösung der deutschen Frage erfordere eine „Verständigung mit allen Nachbarn im Osten und Westen“, deuten einen Weg an, wie man aus der Sackgasse heraus könnte. Dabei ist es sicher, daß nur laut ausgesprochen wurde, was alle anderen leise denken. Dennoch ist es von Vorteil, daß die Konspiration des Schweigens, die die deutsche Frage seit Jahren verdeckt, ein Ende nahm, daß der Hinweis deutlich war, eine radikale Revision sei unvermeidbar.

Sicher ist, daß eine Lösung des deutschen Problems nicht ohne und gegen den Willen der USA möglich ist. Doch schließt das eine eigene Initiative anderer Länder nicht aus, die den Anstoß geben könnte, um die Stagnation zu überwinden. Washington hat, zumindest seit dem Tode *Kennedys*, nicht erkennen lassen, daß es zu einer Überprüfung der festgefahrenen Europapolitik bereit sei. Das Hinwenden nach Ostasien legt den Gedanken nahe, daß es vorerst auch dabei bleiben sollte. Durchaus richtig ist die Feststellung der Gräfin *Dönhoff*: „Im Grunde folgt doch diese Politik (de Gaulles) genau dem Muster von *Kennedys peace strategy*. Daß heute Frankreich und nicht die USA diese Politik durchzuführen versucht, liegt daran, daß das Gespräch Washington-Moskau wegen des Vietnamkrieges mehr oder weniger verstummen mußte“⁵⁾.

Das wäre ein zusätzlicher Anlaß, der amerikanischen Politik zu widerstehen, der gefährlichen Reise in den Fernen Osten die Gefolgschaft aufzukündigen — den wahnwitzigen Versuch zu unterlassen, die deutsche Frage auf dem Umweg über Saigon lösen zu wollen. Nach wie vor aber folgt die Bundesregierung kritiklos den Spuren der in

4) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Juni 1964.

5) Die Zeit vom 3. Dezember 1965.

Washington Regierenden, wie fragwürdig deren Bestrebungen auch sein mögen. Noch immer weigert sie sich, das Ende des Kalten Krieges, das Zerbröckeln der Blöcke, zur Kenntnis zu nehmen. Noch immer fühlt sie sich in einer Atlantikorganisation geborgen, die schon längst über keine Politik mehr verfügt. Alfred Grosser versuchte die Ursache für die wachsende Diskrepanz zwischen der Bundesrepublik und der Mehrzahl ihrer westlichen Partner aufzuzeigen: „Im Vergleich zu 1945 ist die Bundesrepublik, innerhalb einer von Amerika geleiteten atlantischen Allianz, in einem wahrhaft paradiesischen Zustand der Gleichberechtigung. England und Frankreich empfinden ihre Abhängigkeit stärker.“

Diese Differenz ergibt sich nicht aus der Existenz de Gaulles. Die meisten Franzosen bejahen die Unabhängigkeit von den USA. Nach einer Meinungsumfrage billigen 76 vH die gegenwärtige Außenpolitik; das sind genauso viele Stimmen, wie de Gaulle und *Mitterrand*, der Kandidat der Linken, im ersten Wahlgang zusammen erhielten. Ohne sich mit dem offiziellen Kurs zu identifizieren, unterstrich Mitterrand mehrfach dessen „sehr positive Aspekte“. Das heißt, man muß nicht nur mit de Gaulle leben: Man muß mit einem Frankreich leben, das sich einer neuen Ära der internationalen Politik anpaßt und sie begünstigt. Man muß vor allem daran denken, daß es nicht um die Anerkennung de Gaulles geht, sondern um die Anerkennung bestimmter Fakten der Weltlage, die ganz unabhängig von dem französischen Präsidenten vorhanden sind. Keineswegs handelt es sich darum, das Pariser Programm unbesehen zu übernehmen. Aber es gilt zu verstehen, daß die Lage eine andere ist als in den fünfziger Jahren. Revisionen tun not; neue Ideen, einer neuen Lage entsprechend, sind unerlässlich.